

## Zur Sache

23-2024

*Liebe Mitglieder, liebe Leserinnen, liebe Leser,*

### "Palästina, Israel und das Völkerrecht: Die langfristige Perspektive und seit Oktober 2023"

[\*Law for Palestine\*](#)



Am 25. Oktober 2024 organisierte die Organisation Law for Palestine in Zusammenarbeit mit der [Gallatin Human Rights Initiative](#) eine Hybridveranstaltung unter dem Titel "*Palästina, Israel und das Völkerrecht: Die langfristige Perspektive und seit Oktober 2023*". Diese Veranstaltung fand an der [New York University \(NYU\)](#) statt und war auch online über Zoom zugänglich, was ein großes und engagiertes Publikum anzog, insbesondere über die virtuelle Plattform.

Die Veranstaltung brachte angesehenen Wissenschaftler, Praktiker und Experten zusammen, um die sich abzeichnenden rechtlichen Auswirkungen des Krieges gegen Palästina nach den Gräueltaten im vergangenen Jahr zu diskutieren. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die wichtigsten internationalen Rechtsrahmen, die Menschenrechte und die Zukunft von Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht.

Unter dem Vorsitz von **Omar Shehabi** von der Yale Law School bot die Hybridveranstaltung ausführliche Präsentationen von mehreren prominenten Persönlichkeiten des Völkerrechts, darunter: **Rabea Eghbariah** von der Harvard

Law School, **Diala Shamas** vom Center for Constitutional Rights, **Karin Loevy** von der NYU Law School, **Ralph Wilde** vom University College London, **Adil Haque** von der Rutgers University, **Ata Hindi** von der Tulane University und **Tamara Tamimi** von der Queen's University Belfast.

Die Diskussionen unterstrichen die dringende Notwendigkeit einer Gerechtigkeit im palästinensischen Sinne und der Rechenschaftspflicht im Hinblick auf die anhaltenden Gräueltaten, wobei sich die Teilnehmer aktiv an Fragerunden beteiligten, um kritisches Denken und Verständnis zu diesen Schlüsselthemen zu fördern.

**Rabea Eghbariah über historisches juristisches Versagen in Palästina**  
**Der Weg zur Gerechtigkeit in Palästina ist lang und turbulent. Aber die Nakba im Völkerrecht in den Vordergrund zu stellen, zu theoretisieren und zu analysieren, ist ein guter Anfang.**

**Rabea Eghbariah** hob historische und juristische Versäumnisse bei der Behandlung palästinensischen Rechtsansprüchen hervor und verwies insbesondere auf das Massaker von Sabra und Shatila als Beispiel für die anhaltende Straffreiheit für Taten, die von der internationalen Gemeinschaft bereits als Völkermord erkannt wurden. Er betonte, dass Israels Aktionen in den 1980er Jahren Teil eines Kontinuums von Rechtsverletzungen gegen das palästinensische Volk seien, und erklärte, dass "die **Nakba** eine Metamorphose durchlaufen hat; sie hat sich von einer historischen Katastrophe zu einer brutal ausgeklügelten Struktur der Unterdrückung weiterentwickelt." Er wies darauf hin, wie wichtig es sei, die palästinensische Realität durch einen "**Nakba-Rahmen**" zu verstehen, und schlug vor, dass dieses Konzept die Kontinuität und Gesamtheit der palästinensischen Erfahrung über Zeit und Raum hinweg genauer widerspiegele.

**Diala Shamas über institutionelles Versagen beim Schutz der Rechte der Palästinenser**

**Wir sind Zeugen von Institutionen, die sich verrenken oder sich selbst verbrennen, anstatt das Leben der Palästinenser zu schützen.**

**Diala Shamas** sprach das Versagen internationaler Mechanismen an, einschließlich des US-Rechtssystems, die Gräueltaten in Gaza zu verhindern. Sie kritisierte, dass diese anhaltenden rechtlichen Bemühungen sich eher zu verrenken oder sogar selbst zu zerstören scheinen, als das Leben der Palästinenser zu schützen.

Sie hebt die Komplizenschaft internationaler Akteure hervor und weist auf systemische Mängel im globalen Rahmen für die Rechenschaftspflicht hin, indem sie anmerkt, dass "die Biden-Regierung bereit ist, ihre eigenen proklamierten Werte und gegenseitige Kontrolle zu opfern ... im Dienste eines völkermörderischen Projekts." Sie forderte ein Überdenken des Völkerrechts, um die Rechte der Palästinenser in den Vordergrund zu stellen, und unterstrich die Dringlichkeit, institutionelle Vorurteile anzugehen, die die Gerechtigkeit für die Palästinenser behindern.

**Karine Loevy über den Status des Gazastreifens im Völkerrecht**

**[Die Erfahrungen in Gaza] drücken nicht nur die Krise der Legalität aus, die die globale Ordnung erlebt, sondern stellen auch eine neue, vielleicht**

## **universelle Bedeutung für die Disziplin und eine Chance zur Solidarität für internationale Anwälte und Aktivisten auf der ganzen Welt dar.**

**Karin Loevy** präsentierte ihren Vortrag "Wo ist Gaza im Völkerrecht?" Darin untersuchte Loevy zwei zentrale Fragen: den Status von Gaza gemäß der Lehrauffassung (ob es sich um besetztes Gebiet oder eine Einheit sui generis handelt) und den sich abzeichnenden Platz Gazas in der internationalen Rechtsgeschichte. Sie betonte die große Kluft **"zwischen der Art und Weise, wie palästinensische Anwälte, Gelehrte und Aktivisten ... sagen, was Gaza ist"** und wie westliche Perspektiven seinen rechtlichen Status definieren. Loevy hob drei wichtige Veränderungen hervor, die den Platz Gazas im Völkerrecht beeinflusst haben: die Einbeziehung des Imperiums und des Kolonialismus, die Völkermordforschung und die Verschiebung des Völkerrechts von seiner Betrachtungsweise als einen von Krisen getriebenen Bereich hin zu einem solchen, der in das tägliche Leben eingebettet ist.

Der anhaltende Konflikt biete ein entscheidendes Moment, um zu überdenken, wie das lokale Wissen und die Lebensrealitäten des Gazastreifens in den globalen Rechtsrahmen integriert werden.

### **Ralph Wilde über die illegale Besetzung als Aggression Die Besetzung ist illegal, da sie gegen das Gesetz über die Anwendung von Gewalt verstößt – eine Aggression.**

**Ralph Wilde** lieferte eine juristische Analyse der israelischen Besetzung der 1967 eroberten palästinensischen Gebiete – Gazastreifen und Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem – und beschrieb sie nach internationalem Recht als "illegale Gewaltanwendung", was eine Aggression darstellt.

**Wilde** erläuterte, wie der Internationale Gerichtshof in seinem Palästina-Gutachten feststellte, dass die israelische Besetzung sowohl das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes als auch das Verbot verletzt, Territorium durch die Anwendung von Gewalt zu annektieren. Er erklärte, dass diese Feststellung vor dem Hintergrund der Tatsache, dass das Gericht die Besetzung als eine Gewaltanwendung eingestuft hat, deren Rechtmäßigkeit durch das ius ad bellum zu bestimmen ist, und die Auffassung, dass die Besetzung so schnell wie möglich beendet werden muss, die umfassendere Erkenntnis impliziert, dass Israel im Gesetz über die Anwendung von Gewalt zur Aufrechterhaltung der Besetzung keine rechtmäßige Grundlage hat.

Indem er dies tat, erklärte Wilde, implizierte der Gerichtshof, dass die Besetzung eine Gewaltanwendung ohne gültige rechtliche Begründung darstellte und daher eine rechtswidrige Gewaltanwendung im Allgemeinen war, die über die Rechtswidrigkeit der Annexion hinausging

Diese implizite Feststellung und die ausdrückliche Feststellung, dass die Besetzung eine illegale Gewaltanwendung war, weil sie zur Annexion palästinensischer Gebiete eingesetzt wurde, beinhaltete eine Herangehensweise an die Illegalität der Besetzung, die unter die Definition von "Aggression" im Völkerrecht fällt, auch wenn der Gerichtshof diesen Begriff nicht ausdrücklich verwendete.

## **Adil Haque über den "Völkermord im Völkermord" in Gaza und die Rolle des IGH**

**Wenn man im Völkerrecht einen Stein in einen Teich wirft, weiß man nicht, wo die Wellen enden werden.**

Adil Haque erörterte Südafrikas Klage gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) im Rahmen der Völkermordkonvention und erörterte sowohl den ursprünglichen Fall als auch die Forderung nach zusätzlichen vorläufigen Maßnahmen. Er forderte Südafrika auf, zusätzliche vorläufige Maßnahmen beim IGH zu beantragen, und argumentierte, dass die Situation in Gaza Gefahr laufe, "ein Völkermord innerhalb eines Völkermords" zu werden. Haque betonte die Bedeutung und Unwägbarkeit, wie internationale Rechtsinstrumente genutzt werden, um Israels Offensive zu stoppen, humanitäre Hilfe zu ermöglichen und Zivilisten zu schützen.

**Haque** erörterte weiter, wie Südafrika seine rechtliche Strategie ändern könnte, um seinen Fall zu stärken, einschließlich Argumenten im Zusammenhang mit Vertreibung, Hunger und der Zerstörung grundlegender Infrastruktur. Er untersuchte auch die Idee des "Völkermords als Mittel" und erklärte, dass die Absicht, einen erheblichen Teil der palästinensischen Bevölkerung zu vernichten, Teil einer umfassenderen Strategie sein könnte, um die Kapitulation der Hamas zu erzwingen. Haque betonte abschließend, dass Südafrikas rechtliche Schritte die Risikobewertung Israels neu gestalten und möglicherweise zu lebensrettenden Veränderungen vor Ort führen könnten.

## **Ata Hindi über die Rechenschaftspflicht des Staates und die Rolle des IStGH bei der Gerechtigkeit für Palästina**

**Lange Verzögerungen bei der Strafverfolgung, institutionelles Versagen und Vorurteile innerhalb des IStGH sind oft auf Machtdynamiken, Rasse und Kolonialismus zurückzuführen.**

**Ata Hindi** betonte die Notwendigkeit, den Ansatz des Völkerrechts zur staatlichen Verantwortung in der Situation in Gaza zu überdenken, und argumentierte, dass anwaltschaftliche Bemühungen von der Aufforderung an Staaten wie die USA und Großbritannien, Druck auf Israel auszuüben, abrücken und sie stattdessen für ihre unmittelbare Rolle zur Verantwortung ziehen sollten.

Hindi zeichnete die Geschichte der Interaktionen Palästinas mit dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) nach, die bis in die Jahre 2008-2009 während des Gaza-Krieges zurückreichen, und diskutierte die Herausforderungen, mit denen Palästina bei der Suche nach Gerechtigkeit durch den IStGH konfrontiert war. Er verwies auf institutionelle Vorurteile und Verzögerungen hin, die die Justiz behinderten.

Hindi verwies auf die jüngsten Fortschritte unter dem Ankläger des IStGH, Karim Khan, der Haftbefehle gegen hochrangige israelische Beamte beantragte, kritisierte aber die anhaltenden Verzögerungen und Herausforderungen, die durch Behinderungen seitens Israels und seiner Verbündeten entstehen. Abschließend forderte er die Weltgemeinschaft und die Wissenschaft auf, "diese Stimmen, die sich für die palästinensische Gerechtigkeit einsetzen, nicht mehr zum Schweigen zu bringen", und betonte die Notwendigkeit eines offenen, ungehinderten Diskurses.

## **Tamara Tamimi über transformative Gerechtigkeit von unten als Alternative zum liberalen Friedensparadigma**

Das liberale Friedensparadigma ist zu kurz gekommen, indem es Top-Down-Lösungen durchgesetzt und die palästinensischen Stimmen an den Rand gedrängt hat. Dieses Scheitern unterstreicht die Notwendigkeit, sich auf Ansätze zu besinnen, die den palästinensischen Perspektiven auf Gerechtigkeit Vorrang einräumen.

**Tamara Tamimi** präsentierte ihre Forschung zu transformativer Gerechtigkeit von unten als dekoloniale Alternative zum liberalen Friedensparadigma in Palästina. Sie kritisierte den Ansatz der internationalen Gemeinschaft seit dem Oslo-Friedensprozess und hob die aufgezwungenen Lösungen "von außen" sowie die "konzeptionellen Lücken und den Mangel an Inklusivität" in den aktuellen Ansätzen hervor.

Ihre Forschung, die auf Umfragen und Interviews basiert, erfasst die Ansichten der Palästinenser sowohl zu politischen Lösungen als auch zu Rechenschaftspflicht, Strafverfolgung und Reparationen. Laut Tamimi halten 60 Prozent der Befragten beides für gleich wichtig, wobei "die Beendigung der Besatzung (77 Prozent) und die Anerkennung des Existenzrechts der Palästinenser (76,4 Prozent)" oberste Priorität haben. Tamimis Ergebnisse spiegeln auch den Vorrang des Rückkehrrechts neben der Rückgabe von Eigentum und der Entschädigung von Flüchtlingen als Gesamtpaket wider, und die hohe Priorität, die der konkreten Rechenschaftspflicht und Wiedergutmachung für Palästinenser eingeräumt wird, wie z. B. die Verfolgung israelischer Beamter, die Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord begangen haben, gegenüber symbolischen Maßnahmen wie einer öffentlichen Entschuldigung Israels. Sie kam zu dem Schluss, dass das liberale Friedensparadigma nichts mit den palästinensischen Bestrebungen zu tun habe, und betonte, dass "jeder nachhaltige Friedensprozess die palästinensischen Stimmen einbeziehen und widerspiegeln muss".

Quelle:

<https://law4palestine.org/hybrid-event-palestine-israel-and-international-law-the-long-view-and-since-october-2023/>



### **Spende**

**Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.**

**Kontoverbindung**

**IBAN: DE90 3706 0590 0000 3392 10**

**BIC: GENODED1SPK**

**Spende Zweck: Humanitäre und medizinische Hilfe in Gaza – Palästina**

**Die Beendigung der israelischen Besatzung  
ist der Schlüssel zum Frieden!**



المجعية الألمانية الفلسطينية  
Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.